



kurz berichtet

Gewerkschaft der Polizei - Landesbezirk Rheinland-Pfalz

Ausgabe Juli-I 2009

Inhalt:

1. GdP begrüßt das 7000. Mitglied
2. CDU: Polizisten besser schützen
3. DGB: Die Rente mit 67 muss vom Tisch:
4. Bemessung der Beihilfe – Sparen oder Draufzahlen!
5. Schlafentzug und der Polizeiberuf
6. GdP: Endlich die Zulagen erhöhen!
7. Forschungsbericht über Mehrfach- und Intensivtäter
8. "Liste der Grausamkeiten" nach der Bundestagswahl?
9. Kabarettist Urban Priol tritt Attac bei
10. Überwachungskameras führen nicht zu Kriminalitätsrückgang
11. Auszug aus: ‚Heal the world‘ von Michael Jackson

1. GdP begrüßt das 7000. Mitglied



[Ernst Scharbach, Tina Saxler, Sabrina Kunz, Pascal Rowald, Bernd Schweitzer]

Anlässlich der GdP-Start-up-Party auf dem Hahn begrüßte Landesvorsitzender Ernst Scharbach das sechstausendneunhundertneunundneunzigste Mitglied Sabrina Merz und das siebentausendste Mitglied Pascal Rowald der GdP in Rheinland-Pfalz mit einem kleinen Präsent. Derzeitiger Stand: 7.067 Frauen und Männer sind in der



GdP organisiert. Die rheinland-pfälzischen Gewerkschafter haben im Jahr 2008 mit 3,6 % den höchsten Zuwachs aller Bezirke zu verzeichnen und haben nun den höchsten Mitgliederbestand seit ihrer Gründung vor 59 Jahren erreicht. Der Landesvorstand bedankt sich ganz herzlich bei allen Helfern und Unterstützern!

2. CDU: Polizisten besser schützen

Die CDU-Landtagsfraktion fordert, die Polizei besser zu schützen. Der innenpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Michael Hörter, und der polizeipolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Matthias Lammert, beobachten einen alarmierenden Anstieg der Übergriffe im vergangenen Jahrzehnt. Es liege in der Verantwortung des Staates, Polizeibeamte nicht im Stich zu lassen und sie zu schützen. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken hat die CDU-Landtagsfraktion einen Antrag in den Landtag eingebracht.

Michael Hörter: *"Wer Polizisten als Repräsentanten des Rechtsstaates angreift, greift unsere Gesellschaft an. Die Ausübung von Gewalt ist keine Bagatelle. Deshalb müssen vor allem die Widersprüche in der Bewertung von Straftaten aufgehoben werden. Für die Fischwilderei gilt heute die gleiche Strafandrohung wie für den Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte. Die Beschädigung eines Polizei-Dienstwagens kann sogar mit einer höheren Freiheitsstrafe geahndet werden, als der tätliche Angriff gegen einen Polizeibeamten. Heute erfährt eine Sache einen ungleich höheren Schutz als ein Mensch, da stimmt das Verhältnis nicht."*

Matthias Lammert: *"Wenn Polizeibeamte Gewalt und ernsthafte Verletzungen in Kauf nehmen müssen, um ihren Dienstpflichten nachkommen zu können, ist der Rechtsstaat in Gefahr. Die Innenministerkonferenz hat auf ihrer letzten Tagung Anfang Juni beschlossen, zunächst die aktuelle Situation zu evaluieren. Dies ist zu kurz gegriffen: Wir dürfen nicht nur mit Arbeitskreisen und Forschungsaufträgen auf das Problem reagieren. Die brisante Situation der Polizisten muss durch geeignete gesetzliche Regelungen entscheidend verbessert werden."*

3. DGB: Die Rente mit 67 muss vom Tisch:



Der Deutsche Gewerkschaftsbund fordert die rasche Absetzung der Rente mit 67. *"Wenn sich die Politik an ihre eigenen Gesetze hält, gibt es angesichts der Krise keine Alternative zur Absetzung"*, sagte DGB-Vorstandsmitglied **Buntenbach**. Würde die Politik beim absehbaren Anstieg der Massenarbeitslosigkeit an der verlängerten Lebensarbeitszeit festhalten, sei das nicht vermittelbar. Ab 2010 ist die Bundesregierung gesetzlich verpflichtet, die politische Vertretbarkeit der Rente mit 67 zu überprüfen.

Bernd Becker: *„Wir brauchen eine Verkürzung der allgemeinen Arbeitszeiten. Opa muss arbeiten gehen und der Enkel steht auf der Straße – das macht doch keinen Sinn!“*



4. Bemessung der Beihilfe – Sparen oder Draufzahlen!

Beihilfe richtet sich immer nach einem Bemessungssatz, der sich an der persönlichen Situation der Beihilfeberechtigten und der berücksichtigungsfähigen Angehörigen ausrichtet.



Die Einhaltung von Meldefristen kann bei Beihilfe und Privatversicherung zu Einsparungen oder Mehrausgaben führen. Daher wollen wir auf einige Grundsätze hinweisen – damit es kein böses Erwachen gibt.

Grundsatz § 12 Beihilfenverordnung

Für Beihilfeberechtigte mit Dienstbezügen	50 %
Für Beihilfeberechtigte mit Dienstbezügen mit 2 oder mehr Kindern	70 %
Für beihilfeberechtigte Versorgungsempfänger	70 %
Für Versorgungsempfänger mit niedrigem Einkommen und hoher Beitragsbelastung	80 %
Für Ehegatten (ohne eigenen Beihilfeanspruch)	70 %
Für berücksichtigungsfähige Kinder	80 %
Für beihilfeberechtigte Waisen	80 %

Beispiel - Geburt des zweiten Kindes:

Finanziell erhebliche Auswirkungen hat die Bemessung für den Beihilfeberechtigten mit 2 oder mehr Kindern. Hat ein Beihilfeberechtigter bisher 1 Kind, so hat er nach der Geburt des 2. Kindes für sich einen Bemessungssatz von 70 % anstatt bisher 50 %. Er kann daher seine private Krankenversicherung von 50 % auf 30 % senken und Geld sparen. Für die Versicherungen gilt eine Meldefrist von 2 Monaten. Bei späterer Meldung können aus Sicht des Beihilfeberechtigten zu viel bezahlte Beiträge nicht mehr zurückgefordert werden.

Unser Tipp:

Die Geburt des 2. Kindes umgehend der Beihilfestelle und der Privaten Krankenkasse melden.

Beispiel - Das zweite Kind fällt aus der Berücksichtigungsfähigkeit heraus

Wenn das Kind z.B. über 18 Jahre und berufstätig ist fällt es aus der Berücksichtigung für den Beihilfeberechtigten heraus und der Beihilfebemessungssatz sinkt wieder auf 50 % mit der Folge, dass die Privatversicherung wieder auf 50 % aufzustocken ist.

Wichtig ist der Zeitpunkt! Für beide Beispiele berechnet sich der Bemessungssatz nach dem Zeitpunkt des Entstehens der Aufwendungen.

War also am Behandlungstag das zweite Kind noch berücksichtigungsfähig gilt der Beihilfebemessungssatz von 70 % auch wenn die Rechnung erst später bei der Beihilfestelle eingereicht wird. Sind die Aufwendungen erst nach dem Wegfall der Berücksichtigungsfähigkeit des 2. Kindes entstanden wird Beihilfe nur nach einen Satz von 50 % gewährt. Ist die private Krankenversicherung noch nicht umgestellt, zahlt sie nur den Vertragssatz von 30 %. Der Beihilfeberechtigte bleibt auf 20 % der Kosten sitzen.

Unser Tipp:

Erhebliche Zuzahlungen vermeiden, durch die rechtzeitige Änderung meiner PKV.



5. Schlafentzug und der Polizeiberuf

Ein Dokument des US-Justizministeriums weist auf die Bedeutung ausreichender Mengen an Schlaf hin. Wer etwa als Polizist nach einer Nachtschicht als Zeuge vor Gericht aussagt, danach seine Kinder von der Schule abholt, nachmittags ein paar Stunden schläft, um dann die nächste Schicht anzutreten, dessen Wahrnehmung und Reaktionen sind ähnlich beeinträchtigt wie die einer Person, die eine Blutalkoholkonzentration von 1,0 Promille aufweist. Der Bericht enthält Hinweise für Vorgesetzte und Polizisten, wie die Bedeutung ausreichenden Schlafes in der Praxis umgesetzt werden kann. AR



<http://www.ojp.usdoj.gov/nij/journals/262/sleep-deprivation.htm>

[Quelle: Polizei-Newsletter]

6. GdP: Endlich die Zulagen erhöhen!

Mit Landtagsdrucksache 18/710 vom 18.05.2009 ist ein Gesetz zur Änderung der Verordnung über die Gewährung von Erschwerniszulagen in der Fassung vom 3. Dezember 1998 verabschiedet worden, nämlich dass die

Zulage für Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamten des Landes in einem Mobilen Einsatzkommando oder einem Spezialeinsatzkommando (rückwirkend) ab dem 01. April 2009 300,- Euro beträgt.



Die Landtagsdrucksache kann bei Bedarf per Fax übersandt oder sicherlich vom Internetportal der Landesregierung gedownloadet werden.

Soweit die gute Nachricht. Nun kommt die schlechte: Die Meldung stammt leider nicht aus Rheinland-Pfalz, sondern aus Hessen. Die GdP hat beim Innenminister Protest gegen die schleichende Behandlung des Themas eingelegt. Das Innenministerium verweist auf das Finanzministerium, das Finanz-

auf das Innenministerium. Wir haben dieses Hin- und Hergeschiebe satt und fordern die Aufnahme von ernsthaften und zielgerichteten Gesprächen!

7. Forschungsbericht über Mehrfach- und Intensivtäter

Das hessische LKA hat in Zusammenarbeit mit dem Institut für Kriminologie der Universität Tübingen erste Ergebnisse einer Studie über Mehrfach- und Intensivtäter (MIT) veröffentlicht. Das im Internet verfügbare Dokument bietet einen Überblick über deutsche und internationale Studien und führt mittels umfassender Aktenauswertungen und Experteninterviews in die Thematik ein. Der erste Band des Forschungsprojekts „Mehrfach- und Intensivtäter (MIT) in Hessen“ kann kostenlos heruntergeladen werden unter

<http://www.polizei.hessen.de/internetzentral/nav/2a6/2a679fc3-ccce-e114-4187-812109241c24.htm>

[Quelle: Polizei-Newsletter]



8. "Liste der Grausamkeiten" nach der Bundestagswahl?

Weitere Umverteilung von Arm zu Reich zerstört sozialen Frieden.

Anlässlich der mit dem Haushaltsentwurf 2010 im Bundeskabinett beschlossenen Neuverschuldung des Bundes in Höhe von 86,1 Milliarden Euro hat das globalisierungskritische Netzwerk Attac gefordert, endlich eine einmalige Sonderabgabe auf große Vermögen einzuführen. *"Das Problem ist nicht die Höhe der Neuverschuldung. Die USA und andere Länder verschulden sich weit höher. Verheerend sind die absehbaren sozialen Konsequenzen, über die die Politiker jedoch erst nach der Bundestagswahl öffentlich sprechen werden"*, sagte **Detlev von Larcher** vom bundesweiten Attac-Koordinierungskreis.

Derzeit strebt die Bundesregierung angeblich noch Entlastungen für private Haushalte in Höhe von 20 Milliarden Euro an; CSU und FDP versprechen gar starke Steuersenkungen. *"Doch nach der Wahl werden sie über die Schuldenbremse sprechen, die sie ins Grundgesetz geschrieben haben. Dann werden sie uns erklären, dass für notwendige soziale Aufgaben, für Bildung und Umweltschutz das Geld fehlt und drastische Einsparungen auf Kosten der Empfänger von Sozialleistungen und einen rigorosem Stellenabbau im öffentlichen Dienst als unvermeidlich hinstellen"*, prognostizierte **Detlev von Larcher**. Der Präsident des Deutschen Institutes für Wirtschaftsforschung (DIW), **Klaus Zimmermann**, propagiert bereits eine Erhöhung der Mehrwertsteuer auf 25 Prozent.

Als Ursachen für die hohe Neuverschuldung nennt **Steinbrück** das Bankenrettungspaket und die Ausgaben zur Stützung der Konjunktur. *"Zusammen mit der Schuldenbremse wird damit klar: Für die Kosten der Krise aufkommen sollen Arbeitnehmerinnen, Konsumenten und alle, die auf staatliche Sozialleistungen angewiesen sind - nicht etwa diejenigen, die vor der Krise hohe Gewinne an den liberalisierten Finanzmärkten gemacht haben"*, stellte **Hendrik Auhagen**, ebenfalls Mitglied im Attac-Koordinierungskreis fest. Dabei sei die Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen in Deutschland bereits heute größer als im Mittelalter.

"Es gibt kein Naturgesetz, das vorgibt, dass die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden. Es ist eine Frage des politischen Willens, endlich diejenigen zur Verantwortung zu ziehen, die bisher vom Finanzmarkt getriebenen Kapitalismus massiv profitiert haben", betonte **Hendrik Auhagen**. Geschehe dies nicht, werde jeglicher gesellschaftliche Gestaltungsspielraum gefährdet und der soziale Frieden dauerhaft zerstört.

9. Kabarettist Urban Priol tritt Attac bei

Der Kabarettist Urban Priol ist dem globalisierungskritischen Netzwerk Attac beigetreten. *"Warum Attac wichtig ist? Was ist das denn für eine bescheuerte Frage!"*, begründet er seinen Entschluss. *"Die beliebteste Politikerin der Republik wirft ihr ohnehin nur symbolisches Steckenpferd, den Klimaschutz, der Industrie zum Fraß vor und will, dass wir nach der Krise wohin zurückkehren? Achtung, O-Ton Merkel: 'Zu unserem alten Kurs. Ich sage: Je schneller, desto besser!' Wow! Viel gelernt, Madame. Die SPD setzt auf neue Kohlekraftwerke, und der bürgerliche Mehrheitsbeschaffer Guido Westerwelle sieht den Klimawandel schon gestoppt und die Weltarmut bekämpft, wenn der Staat sich auf sein Kerngeschäft besinnt: Fußabtreter für den freien Markt zu sein. Gut, dass es die Attacies gibt, die dem Treiben nicht nur zuschauen und meinen: 'Ist halt so...' Da bin ich doch gerne unterstützend dabei."*





10. Überwachungskameras führen nicht zu Kriminalitätsrückgang

Die Auswertung der Kriminalitätsbelastung eines Cambridger Einkaufszentrums vor und nach der Installation von Überwachungskameras und der Vergleich mit einer Kontrollgruppe ergaben keinen positiven Einfluss der Kameras auf die örtliche Kriminalität. Polizeiberichten zu Folge ist die Kriminalitätsbelastung sogar gestiegen. Dies kann jedoch darauf zurückzuführen sein, dass mehr Delikte angezeigt oder durch die Polizei beobachtet wurden. In zukünftigen Forschungsarbeiten sollten daher die unterschiedlichen Folgen von Kameraüberwachung und anderen Einflussfaktoren herausgearbeitet werden. Quelle: Farrington, D.P., Bennett, T.H., Walsh, B.C. (Hrsg.) (2007), The Cambridge Evaluation of the Effects of CCTV on Crime, in: Farrel, G., Bowers, K.J., Johnson, S.D. u. a. (Hrsg.), Crime Prevention Studies: Vol. 21, Imagination for Crime Prevention: Essays in Honor of Ken Pease, 187-201. AR
[Quelle: Polizei-Newsletter]



11. Auszug aus: ‚Heal the world‘ von Michael Jackson

Wir könnten so hoch fliegen
Lass unseren Geist nie sterben
In meinem Herzen fühle ich
Dass ihr alle meine Brüder seid
Erschafft eine Welt ohne Angst
Wo wir zusammen Freudentränen weinen
Zusehen, wie die Nationen
Ihre Schwerter zu Pflugscharen machen
Wir könnten es wirklich schaffen
Wenn du etwas für das Leben übrig hast
Mach es zu einem kleinen Raum, um eine bessere Welt zu schaffen



Heile die Welt
Mach einen besseren Ort daraus
Für dich und für mich und die ganze menschliche Rasse
Es sterben Leute
Wenn du etwas für das Leben übrig hast
Dann mach einen besseren Ort
Für dich und für mich

Jetzt die aktuellen Vorteile sichern:

Erhebliche Vergünstigungen für PSW-Kunden beim Auto-Kauf oder Buchung der Urlaubsreise!!!

PSW 06131/96009-23 oder -31

Unser Partner bei Versicherungen: Polizeiversicherungs AG www.pvag.de/
Internetapotheke: <http://gdp-rp.vitaware.de> (ohne "www")
Schwitzkasten Budenheim: 15 % Rabatt auf Tageskarte www.schwitzkasten.de
Schuhe kaufen zu 15% Rabatt: www.schuhe123.de
Kfz-Reparaturen und mehr zu 19% Rabatt: www.autoservice-gessner.de

V.i.S.d.P.: Gewerkschaft der Polizei Rheinland-Pfalz,
Nikolaus-Kopernikus-Str. 15, 55129 Mainz

www.gdp-rp.de

Mail: gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de